



Eine friedliche Revolution Chronologie der Ereignisse in der DDR

Innerhalb von fünf Monaten - vom 18. Oktober 1989 (Rücktritt Honeckers) bis zum 18. März 1990 (Erste freie Volkskammerwahl) - hat ein revolutionärer Umbruch in der DDR stattgefunden. Ausgelöst worden waren die Ereignisse vor allem durch die im vergangenen Sommer einsetzende Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn, Polen und die CSSR. Die ehemalige Staatspartei SED mußte unter dem Druck der Massen mit ihrer kommunistischen Vergangenheit brechen und wurde von der Alleinherrschaft verdrängt. Die DDR, die 40 Jahre lang auf ihre Souveränität gepocht hat, verhandelt nun mit der Bundesrepublik über den Weg zur deutschen Einheit.

- * 2. Mai 1989: Ungarische Grenzsoldaten schneiden erste Löcher in den Grenzzaun zu Österreich.
- * Juli: Die Zahl von DDR-Bürgern, die sich in die Bonner Botschaften in Budapest, Ostberlin, Prag und Warschau flüchten, steigt.
- * August: Wegen totaler Überfüllung schließt Bonn seine Missionen in Ostberlin (8.8.1989), Budapest (14.8.1989) und Prag (23.8.1989).
- * 19. August: Mehr als 600 DDR-Bürger nutzen ein Grenzfest bei Sopron in Ungarn zur Flucht.
- * 11. September: Um Mitternacht öffnet Ungarn seine Grenzen für die DDR-Flüchtlinge: Die Massenflucht von Zehntausenden über Ungarn und Österreich beginnt.
- * 19. September: Die von DDR-Bürgern überfüllte Bonner Botschaft in der polnischen Hauptstadt Warschau wird geschlossen.
- * 30. September: Bundesaußenminister Genscher verkündet in Prag den Flüchtlingen die bevorstehende Ausreise in den Westen. Mit Sonderzügen der DDR-Reichsbahn fahren rund 5500 DDR-Bürger aus Prag und etwa 800 aus Warschau über DDR-Gebiet in die Bundesrepublik.
- * 3. Oktober: Die Flüchtlingszahl in Prag ist wieder auf mehr als 5000 angeschwollen. Erneut dürfen Tausende DDR-Bürger aus Prag und Warschau mit

der Bahn ausreisen.

- * 4. Oktober: Auf dem Dresdner Bahnhof kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und 2000 DDR-Bürgern, die auf die Flüchtlingszüge aufspringen wollen.
- * 6./7./8. Oktober: Bei den Feiern zum 40. Staatsjubiläum der DDR mahnt der sowjetische Staatschef Gorbatschow die DDR zu grundlegenden Reformen. Am 7. und 8. Oktober demonstrierten Zehntausende DDR-Bürger für eine demokratische Erneuerung des Sozialismus und werden vor allem in Ost-Berlin von der Polizei niedergeknüpelt.
- * 18. Oktober: Nach Massenprotesten wird Staats- und SED-Chef Honecker nach 18 Jahren abgelöst. Egon Krenz wird neuer SED-Chef.
- * 23. Oktober: Auf der traditionellen Leipziger Montagsdemonstration fordern 300 000 Menschen Reformen: "Wir sind das Volk."
- * 3. November: Zum ersten Mal erlaubt die DDR ihren Bürgern die direkte Ausreise aus der CSSR in die Bundesrepublik. In Zügen und endlosen "Trabbi"-Kolonnen kommen Zehntausende in den Westen.
- * 4. November: Mehr als eine Million DDR-Bürger demonstrieren in Ost-Berlin für Reformen. Es ist die größte Protestveranstaltung in der Geschichte der DDR.
- * 7. November: Die DDR-Regierung unter Ministerpräsident Stoph tritt zurück.
- * 8. November: Das gesamte SED-Politbüro muß gehen. Mit diesem Schritt übernimmt das höchste Machtorgan die Verantwortung für die Krise in der DDR.
- * 9. November: 28 Jahre nach dem Mauerbau öffnet die DDR ihre Grenzen nach Westberlin und zur Bundesrepublik. 120 000 DDR-Bürger waren zuvor über die Ostblockstaaten geflüchtet.
- * 13. November: Der SED-Reformpolitiker Hans Modrow wird zum neuen Regierungschef gewählt.
- * 1. Dezember: Die Volkskammer streicht die Führungsrolle der Staatspartei SED aus der Verfassung. Gegen sechs ehemalige hohe SED-Funktionäre - unter ihnen Honecker - werden Ermittlungsverfahren we-

gen Amtsmissbrauch und Korruption eingeleitet.

* 3. Dezember: Das erst seit knapp einem Monat amtierende SED-Politbüro unter Krenz und das Zentralkomitee müssen zurücktreten.

* 6. Dezember: Krenz legt sein Amt als Staatsratsvorsitzender nieder.

* 7. Dezember: Der Runde Tisch - ein Dialogforum der alten Parteien und neuen Oppositionsgruppen - tagt das erstmal.

* 8./9. Dezember: Auf dem vorgezogenen SED-Sonderparteitag wird Gregor Gysi zum neuen SED-Chef gewählt.

* 16./17. Dezember: Die SED bricht mit ihrer kommunistischen Vergangenheit und ergänzt ihren Namen. Sie heißt jetzt SED-PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) und seit 4. Februar nur noch PDS.

* 19. Dezember: Bei ihrem ersten Treffen in Dresden vereinbaren Modrow und Bundeskanzler Kohl Verhandlungen über eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft.

* 22. Dezember: Das Brandenburger Tor in Berlin wird geöffnet.

* 24. Dezember: Bundesbürger dürfen erstmals ohne Visum und Zwangsumtausch in die DDR einreisen.

* 11. Januar 1990: Die Volkskammer verabschiedet ein neues Reisegesetz, das allen Bürgern Reisefreiheit zusichert. Modrow bietet den Oppositionsparteien Mitarbeit in der DDR-Regierung an.

* 21. Januar: Der Dresdner Oberbürgermeister und stellvertretende SED-Vorsitzende Berghofer und weitere 39 Mitglieder treten aus der SED-PDS aus. Krenz und weitere 13 hohe Funktionäre müssen die Partei verlassen.

* 25. Januar: Die DDR-Regierung beschließt die volle Gewerbefreiheit und die Gründung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung.

* 30. Januar: Bei einem Besuch von Modrow in Moskau stimmt Gorbatschow der Einheit der beiden deutschen Staaten zu.

* 1. Februar: Modrow legt einen Drei-Stufen-Plan zur deutschen Einheit vor. Er schlägt einen neutralen Status für das vereinigte Deutschland mit Regierungssitz in Berlin vor.

* 5. Februar: Die Regierung der "Nationalen Verantwortung" wird gebildet: Acht Oppositionsparteien schicken Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung.

* 13. Februar: Beim zweiten Treffen von Modrow und Kohl in Bonn vereinbaren beide die Einsetzung einer Kommission zur schnellen Einführung einer Währungsunion.

* 20. Februar: Die Volkskammer ebnet mit der Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes den Weg zur ersten freien Wahl in der DDR. Die deutsch-deutsche Währungskommission tagt zum erstenmal.

* 1. März: Der Ministerrat beschließt die Umwandlung der Kombinate in Kapitalgesellschaften.

* 6. März: Die Volkskammer stellt die Weichen für die soziale Marktwirtschaft.

* 7. März: Auf ihrer letzten Sitzung verabschiedet die Volkskammer unter anderem eine Sozialcharta (Recht auf Arbeit und Wohnen, Gleichstellung von Frau und Mann), ein Wirtschaftsgesetz (Gründung privater

Unternehmen) und ein Nutzungsgesetz (sichert DDR-Bürgern das Nutzungsrecht an volkseigenem Boden und Betrieben).

* 9. März: In Ostberlin tagen erstmals Vertreter beider deutscher Staaten zur Vorbereitung der Konferenz mit den vier Siegermächten.

* 12. März: Der Runde Tisch lehnt auf seiner letzten Sitzung eine Übernahme des Grundgesetzes für die DDR ab. Die DDR-Bürger hätten das Recht auf eigene Verfassung, über die am 17. Juni abgestimmt werden sollte.

* 18. März: Volkskammerwahl in der DDR.

Kommentar

Der 3. Oktober ist der Tag der Vereinigung beider deutscher Staaten und die Rückgewinnung der vollen Souveränität Deutschlands. Vor einem Jahr noch schien dies reine Utopie. Ohne die Veränderungen in der UdSSR wäre diese Entwicklung nicht, ohne die Bürgerrechtsbewegung in der DDR nicht so schnell möglich gewesen, mögen sich auch deutsche Politiker den 3. Oktober als ihren Erfolg an die Fahne heften.

Bei aller Dankbarkeit und Freude über Vereinigung und wiedererlangte Souveränität darf eines nicht geschehen: der 3. Oktober darf nicht der Ausgangspunkt für nationalistische Träumereien und alte deutsche Großmannssucht oder gar Streben nach deutscher Groß- und Vormachtstellung sein, sind deren Folgen doch gerade erst überwunden.

Der Moskauer Vertrag schafft zwar die rechtliche Grundlage für die volle Souveränität, die Ängste unserer ost- und westeuropäischen Nachbarn vor dem wiedervereinigten Deutschland, vor seiner politischen und wirtschaftlichen Macht, können nur durch sein zukünftiges politisches Handeln beseitigt werden. Das Deutschland nach dem 3. Oktober tut daher gut daran, vor allem den europäischen Einigungsprozeß mit aller Konsequenz voranzutreiben. Denn nur ein in eine gesamteuropäische Gemeinschaft eingebundenes Deutschland ist für unsere Nachbarn akzeptabel. Dazu gehören auch und vor allem enge und intensive politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu Polen und der Sowjetunion.

Ein erster Schritt hierzu ist auch die Verpflichtung zur Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze, der Verzicht auf jegliche Gebietsansprüche gegen andere Staaten und auf Herstellung, Besitz und Verfügungsgewalt von und auf atomare, biologische und chemische Waffen und die Begrenzung der Streitkräfte im Moskauer Vertrag.

Die Euphorie mancherorts über Vereinigung und wiedergewonnene Souveränität, so ver-

ständig sie auch sein mag, darf jedoch nicht den Blick für die innenpolitischen Probleme im vereinigten Deutschland verstellen. Für das rasche Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit auf dem Gebiet der DDR ist ebensowenig eine Lösung in Sicht wie für die immer noch bestehende auf dem der BRD. Der Nährboden für Rechtsradikale besteht weiter und nicht von ungefähr setzen sie ihre Hoffnungen vor allem auf die unglösten wirtschaftlichen und sozialen Fragen in der alten DDR.

Der beginnende Ost-West-Verteilungskampf im geeinten Deutschland, das sich darin ausdrückende Sozialgefälle, erinnert an die italienische Situation: ein in relativem Wohlstand lebendes Norditalien, das den ärmeren Süden Italiens als "Sozialschmarotzer" abtut. Auch bei uns spricht man schon von dem Gebiet der DDR als dem zukünftigen "Armenhaus" Deutschlands.

Der "Sieg" des Kapitalismus über andere real existierende Ismen verdrängt darüber hinaus zumindest die öffentliche Diskussion über seine Demokratisierung; denn Sieger brauchen sich üblicherweise nicht zu rechtfertigen. So findet auch eine durch die Vereinigung jetzt notwendige Verfassungsdiskussion praktisch nicht statt. Die Diskussion über § 218 ist erst einmal ausgesessen, und wer weiß schon, wann die FDP das nächste Mal umkippt.

Der 3. Oktober 1990 löst zwar die deutsche Frage, aber nicht bestehende gesellschaftliche Probleme; er schafft vielmehr neue, deren Lösung noch lange nicht in Sicht ist.

Hartmut Schutz

Briefe und Meinungen

Gedanken und Erinnerungen zum 1. Mai

Am 1. Mai 1990 feierten die Gewerkschaften den 100. Geburtstag der 1. Maifeiern. Unser Kamerad Gerhard Schild, Mitglied des Reichsbanners in Berlin Kreuzberg von 1930 bis 1933, hat aber auch die tragische Seite des 1. Mai erlebt. Wir dokumentieren anschließend seinen Bericht.

Einige Gedanken und Erinnerungen an den 1. Mai 1933.

Bekanntlich wurden am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser von den Nationalsozialisten besetzt, die Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt und die deutschen Gewerkschaften offiziell aufgelöst - ohne nennenswerten Widerstand seitens der damaligen Gewerkschaftsfunktionäre und der Millionen Mitglieder, die in den freien Gewerkschaften damals organisiert waren. Ich kann mir vorstellen, daß jüngere Kameraden und Gewerkschaftler sich heute manch-

mal fragen: Wie war das möglich? Vielleicht können meine nachstehenden Ausführungen ihnen helfen, ein wenig besser zu verstehen, wie es zu dieser Tragödie kommen konnte.

Der Schriftsteller Hans-Werner Richter, Initiator und Leiter der bekannten Gruppe 47, schreibt in seinem Buch "Briefe an einen jungen Sozialisten" u.a.: "... nicht der 30. Januar oder der Tag von Potsdam, der Tag der Märzgefallenen, wurde für mich zum Tag der eigentlichen Niederlage. Dieser Tag kam später. Es war der 1. Mai 1933, der Tag, an dem hysterische Massen zu Hunderttausenden auf das Tempelhofer Feld (in Berlin) hinauszogen, in Kohorten, in langen Marschzügen...mit rythmischen, haßerfüllten Schreien... Und da sah ich sie, meine Genossen, meine Freunde von gestern... Jugendliche, die ich auf Kundgebungen der Kommunistischen Partei gesehen hatte ... einmal einen ganzen Zug der kommunistischen Jugend, nun im Braunhemd ...".

Für mich und 3 oder 4 junge Reichsbannerleute und Gewerkschaftler aus Berlin-Kreuzberg, die wir an diesem Tag am Straßenrand der Gneisenaustraße in Berlin den stundenlangen Vorbeizug der endlosen Kolonnen jubelnder Menschenmassen miterlebten, war dieser 1. Mai wohl der traurigste in unserem bisherigen Leben. Selbst das deprimierende Ergebnis der Kapitulation der sozialdemokratisch geführten Preußen-Regierung am 20. Juli 1932 vor von Papen - als uns die Reichsbanner-Führung gegen ihre Überzeugung hatte nach Hause schicken müssen - verblasste dagegen.

Während der Zug der hysterischen Massen - in ihrer immensen Majorität Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose wie wir - an uns vorbeizog und angesichts der unzähligen Hakenkreuzfahnen, die aus den Fenstern der grauen Wohnungen dieses Berliner Arbeiterbezirks hingen, bekamen wir Angst, befahl uns eine unbeschreibliche Demoralisation. Jeder von uns stellte sich wohl innerlich angstvoll die Frage: Bricht hier nicht doch eine neue, bessere Zeit an? Sind nicht vielleicht wir diejenigen, die sich auf einem politischen Irrweg befanden und eine Republik hatten verteidigen wollen, deren Untergang schicksalsbestimmt war? Denn vergessen wir nicht: kurz vor diesem 1. Mai 1933 hatte uns ja auch der Bundesvorstand des deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) aufgefordert, "sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen". Noch wenige Tage vorher war uns auf der allerletzten Zusammenkunft der Kreuzberger Gewerkschaftsjugend des ZdA (Zentralverband der Angestellten) von einem Funktionär des Verbandes dieser Aufruf des Bundesvorstandes überbracht worden, und wir hatten ihn - vielleicht aus einem dumpfen Gefühl von Furcht und Disziplin - stillschweigend angehört (im Februar 1941 traf ich übrigens diesen Funktionär des Jugendsekretariats in einer Transportzelle des Berliner Gestapo-Gefängnisses wieder; er hatte schon mehrere Jahre Haft hinter sich und befand sich wohl auf dem Weg in ein anderes Lager).

Der erwähnte Aufruf des Bundesvorstandes der freien Gewerkschaften - dessen Mitglieder meist auch in den Führungsgremien der SPD saßen - war übrigens, wie

wir später erfahren, nur ein Teil eines ganzen Kapitulationsprogramms der Führung des Gewerkschaftsbundes. So hatte z.B. kurze Zeit vor diesem 1. Mai die Gewerkschaftsführung angeordnet, daß die Millionenbeträge des Gewerkschaftsvermögens, die nach der Machtübernahme durch Hitler ins Ausland geschafft worden waren, wieder zurückgeholt wurden - so daß sie am 2. Mai dann von den Nationalsozialisten in ihre neu gegründete Arbeitsfront eingebracht werden konnten. Und bereits am 9. April 1933 hatte das Führungsgremium des deutschen Gewerkschaftsbundes den neuen Machthabern angeboten, sich in den Dienst des neuen Staates zu stellen und um die Bestellung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften gebeten. "Ausländische Gewerkschaftsführer wurden in diesen Tagen von den Vorständen der deutschen Gewerkschaften nicht mehr empfangen, so sehr waren diese von Furcht verwirrt und gelähmt", schreibt unser verstorbener Ehrenmitglied und alter Kamerad Dr. Wilhelm Hoegner in seinem bekannten Buch "Flucht vor Hitler".

Eine ähnliche Kapitulation der deutschen Gewerkschaften steht heute zweifellos nicht bevor; denn die totalitären Bewegungen und Parteien am Rande der demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland befinden sich bisher noch - verglichen mit den linken und rechten Feinden der Republik im Jahre 1932/33 - in den Kinderschuhen. Vielleicht läge es aber doch im Interesse der Widerstandsfähigkeit unseres Rechtsstaates, wenn sich auch die Gewerkschaften in Zukunft stärker mit der "Aufarbeitung" ihrer Geschichte befassen würden. Es gibt sicher kein besseres Mittel, um zu verhindern, daß die große, der Demokratie verpflichtete Gewerkschaftsbewegung unseres Landes sich nicht von falschen Bundesgenossen - ich denke hier zum Beispiel an den VVN und ähnliche verfassungsfeindliche Organisationen - auf einen Weg drängen läßt, der eines Tages zu einer ähnlichen Kapitulation, wie wir sie 1933 erlebt haben, führen könnte.

Gerhard Schild

Aus der Geschichte lernen

Vorläufer des Reichsbanners

Vielen Kameraden ist die Vorgeschichte der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wohl nicht mehr geläufig. Wir dokumentieren deshalb aus der alten Reichsbannerzeitung vom 23. Februar 1929 zwei Berichte zur Vorgeschichte der Reichsbannergründung. Bei dem einen geht es um den damaligen Gau Magdeburg-Anhalt, beim zweiten um die Schutzorganisation in Hessen-Kassel.

"Auch im Gau Magdeburg-Anhalt hat es einen Vorläufer des Reichsbanners gegeben. Schon im Jahre 1922 wurde vom Ortsverein Magdeburg der Sozialdemokratischen Partei der Beschluß gefaßt, eine repu-

blikanische Abwehrorganisation aufzustellen. In mühseliger Kleinarbeit wurde Mann für Mann gewonnen und mit Aufgabe und Ziel bekannt gemacht. An die Öffentlichkeit sollte erst getreten werden, wenn der Versuch als geglückt angesehen werden konnte. Als dann im Jahre 1923 die innerpolitischen Spannungen sich mehr und mehr verschärften, entschloß man sich, öffentlich zu bekunden, daß man nicht gesonnen sei, die deutsche Republik kampfflos zur Beute abenteurernder Bandenführer werden zu lassen. Am Sonntag, dem 15. April 1923 marschierten 1500 Mann auf dem Domplatz auf, um eine Erklärung des damaligen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, des Kameraden Otto Hörsing, entgegenzunehmen. Als "Republikanische Notwehr" trat die Organisation vor die Öffentlichkeit und unter diesem Namen breitete sie sich über die Provinz Sachsen aus. Leiter und Gründer der Notwehr war der Kamerad Karl Höltermann.

Nach dem Küstriner Putsch wurden mit Hörsing als Oberpräsident die Einzelheiten darüber festgelegt, wie die 25 000 Mann "Notwehr" sowohl zur Verstärkung der Schutzpolizei als auch als selbständige Kampfverbände einzusetzen seien. Als am 7. November Severing den Befehl zur Anfüllung der Schutzpolizei gab, waren innerhalb 12 Stunden die angeforderten Mannschaften zur Seite.

Einige kritische Stunden gab es, als General Müller, der damalige Wehrkreiskommandeur in Dresden, die Auflösung aller Schutzorganisationen im Bereich seines Wehrkreiskommandos verfügte. Schließlich klärte sich das "Mißverständnis", und General Müller gab eine authentische Erklärung zu seinem Auflösungsbefehl, die besagte, daß die Republikanische Notwehr in der Provinz Sachsen nicht aufzulösen sei.

Aus den Erfahrungen im Herbst 1923 ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold entstanden. Ende Dezember lagen die Grundzüge der neu zu errichtenden Organisation fest, so daß sie im Frühjahr 1924 ihre Tätigkeit aufnehmen konnte."

Zu Hessen-Kassel lesen wir:

"Als im Jahre 1922 und Anfang 1923 die politischen Verhältnisse so unsicher wurden, daß es den politischen Parteien nicht mehr möglich war, öffentliche und zum Teil auch Mitgliederversammlungen ohne Störungen durch politische Gegner abzuhalten, wurde auch in Hessen-Kassel zur Gründung einer Schutzorganisation geschritten. Sie wurde sozialdemokratischer Ordnungsdienst genannt (S.O.D.). Der S.O.D. wurde in der gleichen Organisationsform und Gliederung aufgezogen, wie heute das Reichsbanner organisiert ist. Er hatte seine wesentliche Stärke in der Stadt Kassel selbst. Es waren in der damaligen Zeit ungefähr 1000 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei darin organisiert.

Zu den Aufgaben des S.O.D. gehörte in erster Linie der Schutz der von der SPD veranstalteten Versammlungen und Kundgebungen sowie die Bewachung von Parteiunternehmen (Zeitung, Gewerkschaftshaus, Konsum), außerdem die Bewachung prominenter Führer, die sich sehr stark in Gefahr befanden (Scheidemann). Schließlich wurde ein gut funktionierender Nachrich-

tendienst ausgebaut, der mit der politischen Polizei in engster Fühlung stand. Dieser politische Nachrichtendienst hatte ein sehr großes Aufgabengebiet, da ja bekanntlich die gegnerischen Bünde in Kassel sehr stark und mächtig waren. Gleichzeitig war auch in Kassel und seiner näheren Umgebung ein großes Rekrutierungsfeld für die "Schwarze Reichswehr".

Die Kasseler Bezirke stellten jeden Abend im "Kasseler Volksblatt" abwechselnd eine 36 Mann starke Wache, die abends 8 Uhr begann und bis morgens 5 Uhr dauerte. Von diesem Wachlokal aus wurden die verschiedenen Posten bezogen (Gewerkschaftshaus, Konsum, Wohnung des Kameraden Scheidemann). Außerdem wurde jede Nacht ein regelmäßiger Patrouillendienst durchgeführt. Diese regelmäßige Wache wurde von Mai 1923 bis April 1924 jeden Tag gestellt. Neben dem S.O.D. hatte der Einheitsverband der Eisenbahner noch eine besondere Selbstschutzorganisation aufgezogen. Ihr oblag die Bewachung aller Eisenbahnstrecken und technischen Einrichtungen. Der Eisenbahnerselbstschutz arbeitete mit dem S.O.D. Hand in Hand.

Auch der Bund jüdischer Frontsoldaten hatte eine besondere Abwehrabteilung, die ebenfalls Hand in Hand mit uns arbeitete und deren Hauptaufgabe es war, antisemitische Angriffe abzuwehren."

A. Martin

Reichsbanner intern

Der Freiheitsbund e.V., Landesverband
Berlin, verliert am 3. August 1990 mit

**Staatssekretär a.D.
Dietrich Spangenberg**

Träger des großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland einen Mann der ersten Stunde und einen großartigen Kameraden.

Durch seine unermüdliche Arbeit für seine Mitmenschen und durch seine Tatkraft in den ihm übertragenen Ämtern und Aufgaben hat er sich um Berlin und darüber hinaus verdient gemacht. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Günter Reichelt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Dietrich Spangenberg gestorben

Das Reichsbanner, und insbesondere die Kameraden des Freiheitsbundes, verlieren mit Dietrich Spangenberg einen prominenten und treuen Kameraden. Sein Leben steht für politische Aufrichtigkeit und soziales Engagement.

Dietrich Spangenberg wurde am 25. Juni 1922 in Dömitz/Elbe in Mecklenburg geboren. Sein Vater Gerhard Spangenberg war Sanitätsrat und Dr. med. Dietrich Spangenberg legte 1942 am Marienstift-Gymnasium in Stettin sein Abitur ab und begann das Studium der Medizin an der Universität Greifswald. Von 1942 bis Kriegsende war er Soldat, wurde aber wegen seiner politischen Einstellung im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 in das berüchtigte Strafbataillon 999 gesteckt. 1945 geriet er bei Danzig in russische Kriegsgefangenschaft.

Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft half er beim Ausbau des städtischen Krankenhauses in Dömitz mit. Die gewaltsame Zwangsvereinigung von SPD und KPD brachte Spangenberg der SPD Kurt Schumachers nahe, der er sich 1947 anschloß. Zwar begann er Ende 1947 erneut mit dem Studium an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Ost-Berlin, verließ aber 1948 Ost-Berlin.

Dietrich Spangenberg gehörte dann dem Gründungskomitee der Freien Universität (FU) in West-Berlin an und war bis 1951 AStA-Sekretär, dessen 1. Vorsitzender er später wurde. In den Jahren 1950 bis 1958 war er Geschäftsführer im Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), beobachtete die Entwicklung an den DDR-Universitäten und half geflüchteten Studenten aus dem Osten. Im Jahre 1953 traf er auf den Kreis um Willy Brandt, einem Mitarbeiter Ernst Reuters. Willy Brandt berief Dietrich Spangenberg zum Leiter der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, nachdem er zum Regierenden Bürgermeister ernannt wurde.

In der Zeit von 1963 bis 1967 war Dietrich Spangenberg Chef der Staatskanzlei und enger Mitarbeiter Willy Brandts.

1967 bis 1969 war Spangenberg Senator für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund.

Als Gustav Heinemann am 5. März 1969 zum Bundespräsidenten gewählt wurde, berief er Dietrich Spangenberg ins Bundespräsidialamt. Nach der Wahl von Walter Scheel verließ er dieses Amt wieder, 1974, und wurde Nachfolger Egon Bahrs als Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin. Er blieb dies bis 1982. Zwischen 1977 und 1982 war er darüber hinaus Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen.

Es muß nicht betont werden, daß Dietrich Spangenberg selbstverständlich auch Mitglied im DGB war. Er war seit 1946 organisiert. Darüber hinaus arbeitete er auch aktiv in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft mit.

Für seine umfangreichen Verdienste erhielt er 1970 das Bundesverdienstkreuz.

Am 3. August 1990 verstarb unser Kamerad. Ein großer Trauerzug gab ihm das letzte Geleit. Viele Weggefährten und Freunde fanden sich ein: Holger Börner, Marianne Lorenz, die Witwe von Peter Lorenz, Klaus Bölling und Lothar Löwe waren unter ihnen. Helmut Schmidt und seine Frau Loki Schmidt schickten einen Blumengruß. Innensenator Erich Pätzold hielt eine Ansprache und betonte dabei: "Berlin

trauert um einen seiner ersten Bürger."
Sein Leben stand im Zeichen des Kampfes gegen die Diktatur.
D.K.

Kamerad Freiherr Ostman v.d. Leye verstorben

Kamerad Wilderich Freiherr Ostman v.d. Leye ist am 30. Mai 1990 gestorben. Er wurde am 4.6. 1923 geboren und war langjähriges Mitglied für die SPD im Bundestag. Zuletzt wohnte er in Bonn und gehörte dem Ortsverein Bad Homburg an. Wir trauern um einen treuen Kameraden.

Bücher, Bücher.....

Bücher, die uns interessieren sollten: Carl-Heinrich von Stülpnagel

Die Militäropposition gegen Hitler, ihr Entschluß zum Staatsstreich und zum Attentat vom 20. Juli 1944, bleibt eines der erregendsten Kapitel der neuen deutschen Geschichte. Die Reihe der Biographen jener einsamen Männer, die sich zu diesem schweren Entschluß durchdrangen, erfährt nunmehr eine wichtige Ergänzung.

General Carl-Heinrich von Stülpnagel, bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Oberquartiermeister im Generalstab des Heeres, nach dem Frankreichfeldzug 1940 Leiter der deutsch-französischen Waffenstillstandskommission und 1942 bis 1944 Militärbefehlshaber in Frankreich, schloß sich früh der Widerstandsbewegung an. Schon 1934, nach dem blutigen Ausgang der Röhm-Affäre, erkannte er die dämonische Natur Hitlers, auf dessen Beseitigung er nach Kriegsausbruch immer entschiedener drängte. Am 20. Juli 1944 ließ er in Paris die gesamte SS- und Gestapo-Führung verhaften - die einzige erfolgreiche Aktion dieses Aufstandsversuchs - und wurde sechs Wochen später in Berlin-Plötzensee gehängt.

Während der Kopf der Verschwörung, Oberst i.G. Graf Stauffenberg in der Vorbereitungsphase engen Kontakt mit Politikern und Gewerkschaftern unterhielt, bestand der Kreis von Mit-Wissern und -Tätern um General von C.-H. von Stülpnagel ausschließlich aus Militärs.

Dem Militärhistoriker Heinrich Bücheler, Stabsoffizier im Dokumentationszentrum der Bundeswehr, ist es in beeindruckender Weise gelungen, das Leben des hochgebildeten, philosophisch wie naturwissenschaftlich gleichermaßen interessierten preußischen Soldaten nachzuzeichnen. Unter den fast 100 Zeitzeugen, die zu dieser Lebensbeschreibung beitrugen, sind Archäologen, Biologen, Historiker, Juristen, Mathematiker, Physiker, Philosophen, Schriftsteller und Theologen. Ihre Berichte zeugen übereinstimmend,

wie sehr Stülpnagels Handeln eine Auflehnung des Geistes und des Gewissens war, wie sehr dieser General in philosophischer und religiöser Durchdringung mit dem Problem des Attentats und des Eides gerungen hat.

Carl-Friedrich von Weizsäcker schreibt in seiner Einleitung: "Stülpnagels Biographie ist eine epische Tragödie. Aus echten Tragödien lernt man nicht, wie man es hätte besser machen können, aber man lernt, die wirksamen Kräfte wahrzunehmen."

Heinrich Bücheler: Carl-Heinrich von Stülpnagel - Soldat-Philosoph-Verschwörer - mit einem Vorwort von Carl-Friedrich von Weizsäcker, 368 Seiten, 8 Seiten s/w Abb., geb., DM 38,-.
S.K.

Nachrichten, Namen, Notizen

IG Chemie-Papier-Keramik wurde 100 Jahre alt

Am 7. Juli lud die IG Chemie-Papier-Keramik zu ihrem 100. Geburtstag nach Hannover ein und 50 000 Besucher kamen. Erstmals waren auch 3 000 Bürger aus der DDR dabei.

Der Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, äußerte sich in seiner Begrüßungsrede zuversichtlich zur Zukunft in einem geeinten Deutschland. "Mit der schon seit längerer Zeit fixierten Zusammenarbeit und den festgelegten Stufen für den Einigungsprozeß mit der Industriegewerkschaft Chemie, Glas, Keramik in der DDR übernimmt sie auch die Verantwortung im bisherigen Staatsgebiet der DDR, weil wir überzeugt davon sind, daß Demokratie, Sozialstaat und soziale Marktwirtschaft eine starke Gewerkschaftsbewegung braucht."

Die Festansprache hielt der Mannheimer Professor Hermann Weber. Er sprach von einem entscheidenden Schritt des 1890 in Hannover gegründeten "Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands." Seine Mitglieder hätten maßgeblich dazu beigetragen, daß sich aus der kaiserlichen Klassengesellschaft die soziale Demokratie entwickeln konnte und der Verelendung der Volksmassen Einhalt geboten wurde. Die Geschichte des Fabrikarbeiterverbandes und ihrer Nachfolgeorganisation IG Chemie sei Bestandteil deutscher Sozialgeschichte und ein "entscheidendes Stück in der Geschichte der deutschen Demokratie."

Josef Felder wurde 90

Der letzte noch lebende Reichstagsabgeordnete Josef Felder (SPD) wurde 90 Jahre alt.

Wie wichtig er noch als Zeitzeuge ist, wurde im November des letzten Jahres deutlich, als der Hessische Ministerpräsident eine umstrittene Geschichtsdarstellung zu einer Sitzung des Reichstages am 17. Mai 1933 machte. Er stellte dabei die SPD in engen

Zusammenhang mit den Nationalsozialisten, als es um eine außenpolitische Entschließung ging. Josef Felder konnte aus eigener Anschauung korrigieren und die erpresserischen Hintergründe dieser Reichstagsitzung berichten. Bei der sich anschließenden Landtagsdebatte im Hessischen Landtag über Walter Wallmanns historische Aussagen nahm Josef Felder auf der Zuschauertribüne teil - und das mit 89 Jahren. Das Reichsbanner gratuliert zum 90. Geburtstag.

Adolf Stoltze und das Reichsbanner

Zur Verfassungsfeier 1928 fand in Frankfurt am Main eine große zentrale Veranstaltung des Reichsbanners statt. Für die Festschrift schrieb Adolf Stoltze, Ehrenmitglied des Ortsvereins Frankfurt und Sohn des bekannten Frankfurter Lokaldichters Friedrich Stoltze, ein Willkommensgedicht:

Willkomme!

Schwarz-Rot-Gold sin unser Farwe,
sie verleih'n uns Kraft und Mut,
die for Recht un Freiheit starwe
schätze merr als hechstes Gut.

All die, die mit ernstem Strewe
uff des Volkes Wohl bedacht,
die net am Vergange klewe
un bredaler Ferschemacht.

Laßt uns laut die Heimat preise,
unser Hoffe, unser Glick,
seit se ohne Blut un Eise
strahlt als deutsche Republik.

In des Reiches schwerste Dage
hat ihr Banner se entrollt,
kinfdig soll es niemand wage,
daß err uns kää Achdung zollt.

Seid willkomme an der Stätte,
wo e groß Geschlecht gewerkt,
wo's zerbrach der Knechtschaft Kette
un der Eintracht Geist gestärkt.

Seht die Paulskerch vor euch rage,
deutscher Freiheit Hochaltar,
wo ums Volksrecht sich geschlage
hat des achtunverz'ger Jahr.

Ewig soll es uns gemahne
an die Zeit voll Sonneschei,
was die Sehnsucht unsrer Ahne,
soll der Enkel Fihrer sei.

Mächtig iwwer de Bardeie
reicht euch immerdar die Hand,
in der Treue für das freie
heißgeliebte Vaterland!

Ortsgruppe Frankfurt lud Kollegen Schirmer (IGM) ein

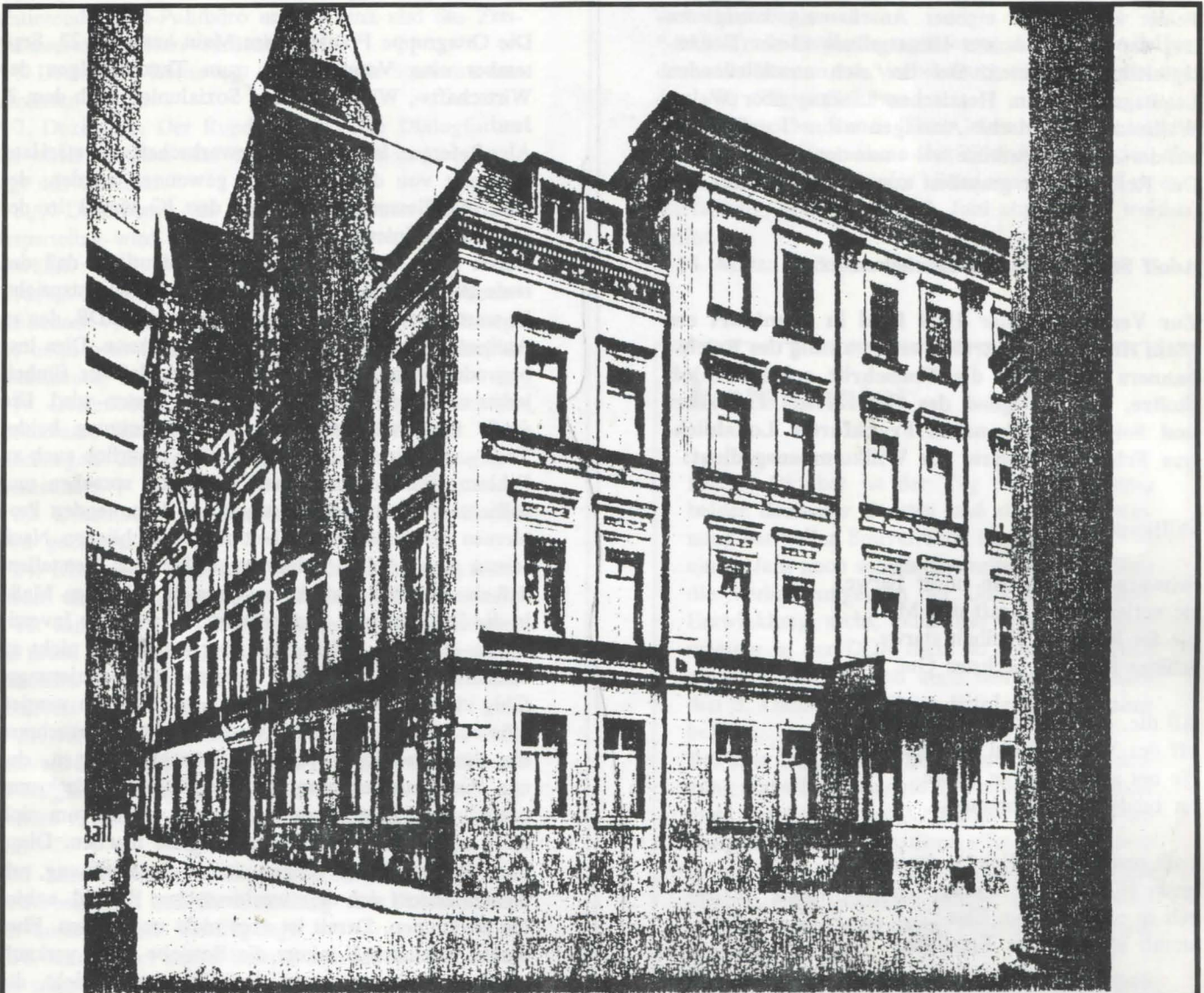
Die Ortsgruppe Frankfurt am Main hatte am 22. September eine Veranstaltung zum Thema folgen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nach dem 2. Juni.

Als Referent konnte der Gewerkschaftssekretär Hans Schirmer von der IG Metall gewonnen werden, der z.Z. die Gewerkschaftsarbeit der IG-Metall in der DDR koordiniert.

Durch seine Ausführungen wurde deutlich, daß das reale Bild der DDR nicht dem der Medien entspricht. Er warnte vor einem Desinteresse an der DDR, das zu Antipathien hüben und drüben führen kann. Dies insbesondere dann, wenn deutlich wird, daß die Einheit jeden einzelnen Bürger auch etwas kosten wird. Die große Geschwindigkeit bei der Vereinigung beider Teile - die wir alle begrüßen - führt natürlich auch zu Fehlern. Darüber muß man aber jetzt sprechen und sollte sich den gegenwärtigen und kommenden Problemen der deutschen Einheit nicht verschließen. Nach seinen persönlichen Erfahrungen läßt sich feststellen, daß das Kapital noch keineswegs im erhofften Maße in die DDR kommt. Entsprechend bleiben die Investitionen aus. Das Schlimmste aber ist, daß es nicht zu beschönigen ist, daß viele Betriebe nicht sanierungsfähig sind und über kurz oder lang schließen werden müssen. Dabei benutzen westdeutsche Unternehmer die ostdeutschen, belasteten Betriebsführungen, denen diese unangenehme Aufgabe der "Gesundschumpfung" bzw. Entlassungen überlassen wird, um sich nicht selbst die Hände schmutzig zu machen. Diese alten Betriebsführer wiegen sich in der Hoffnung, mit diesem Dienst sich dem westdeutschen Kapital anbieten zu können. Damit ist aber nicht zu rechnen. Eher damit, daß nach Konkurs die Betriebe billig verkauft werden. Wenn man von den Betrieben absieht, die vom Staat als Aushängeschild gefördert waren, so muß man insgesamt feststellen, daß die technischen Anlagen und die Versorgungsschwierigkeiten der Betriebe eine unerwartet niedrige Produktivkraft zurückließ und es sehr schwer sein wird, diese auf Weltmarktniveau zu bringen.

Die Gewerkschaften, insbesondere die IG-Metall, haben sehr früh mit Beratungs- und Informationsbüros in der DDR die Grundlage für eine Arbeitervertretung gelegt. Dabei wurde schnell deutlich, daß mit den alten Gewerkschaftsfunktionären nicht das Vertrauen der Belegschaft zu gewinnen war. Die IG-Metall hat darum grundsätzlich darauf verzichtet, die belasteten Funktionäre, die ja eher Transmissionsriemen der Partei als Vertreter der Arbeiter und Angestellten waren, einzustellen.

In einer anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß alte Seilschaften noch funktionieren. Es wurde ferner klar, daß die wirtschaftlichen Probleme nicht in kürzester Zeit lösbar sind. Auch nächstes Jahr noch muß man mit Betriebsschließungen, Teilentlassungen u.ä. rechnen. Insgesamt aber, da waren sich die Teilnehmer einig, sollte man jetzt schon den drohenden Stammtischvereinfacherern widerstehen und sich der Problematik nicht verschließen. A.K.örner



Das Bundeshaus des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
in Magdeburg.

Phot. Frima

In einer Zeit des politischen Aufbruchs sind die Erfahrungen der Demokraten wichtiger denn je. Darum bittet die Redaktion die Kameraden darum, für das Reichsbanner und seine Zeitung zu werben.

Ich bestelle die Zeitschrift DAS REICHSBANNER - Forum aktiver Demokraten.

Name:

Vorname:

Straße:

Wohnort:

Datum:

Ich bin auch an einer Mitgliedschaft im REICHSBANNER interessiert: Ja / Nein

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.

Erscheint seit 1924

und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main

"Das Reichsbanner ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt am Main 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.